

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0956/2019
Amt/Aktenzeichen 33/	Datum 24.07.2019	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim	Kenntnisnahme	18.09.2019	Ö

Betreff:

Mobile digitale Verwaltung auch in Bretzenheim ausbauen
Hier: Sachstandsbericht des Amtes 33 zum Antrag Nr. 0615/2019 SPD

Mainz, 25. Juli 2019

gez.

Michael Ebling
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Der Antrag ist somit erledigt.

Frage:

Der Ortsbeirat bittet die Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern ein aufsuchendes Angebot zu machen d. h. auf Wunsch auch Hausbesuche zu machen, um mittels mobiler Geräte den Bürgerinnen und Bürgern entgegenkommenden Service anzubieten.

Antwort:

Im Rahmen der Sachbearbeitung sind bereits heute im geringen Maße Hausbesuche möglich. So z. B. bei älteren und/oder mobilitätseingeschränkten Menschen, welche dringend Unterschriftsbeglaubigungen benötigen. Im Rahmen dieser Hausbesuche wird der Sachverhalt von der Sachbearbeitung vorbereitet, sodass lediglich Unterschriften von den betroffenen Bürger/innen noch einzuholen sind und ein kurzes Beratungsgespräch erfolgt. Somit erfolgen bereits in einem geringen Maße individuelle Hausbesuche. Ebenso können z. B. beantragte Dokumente ausgegeben werden.

Voraussetzung für eine alle Dienstleistungen umfassende mobile digitale Verwaltung ist die Anschaffung einer mobilen Infrastruktur, die mit dem städtischen Netz verbunden ist. D. h. das überall dort, wo der Hausbesuch erfolgen soll, stets ein Online-Zugang zum städtischen Netz zur Verfügung stehen muss.

Mobile Geräte im Rahmen des Bürgerservices bedeuten, dass neben einem Laptop auch noch ein Signaturtablett, ein EC-Gerät, ein Änderungsterminal, Siegel, Stempel und ein Fingerabdruckscanner zur Verfügung gestellt werden müssen.

Im Bürgeramt wurde im Jahr 2017 ein sogenannter Bürgeramtskoffer angeschafft, um insbesondere in sehr stark frequentierten Ortsverwaltungen eine Arbeitskraft spontan einzusetzen. Im Rahmen dieser Anschaffung wurde durch den städtischen Datenschutzbeauftragten und die Kommunale Datenzentrale festgehalten, dass stets die Verbindung zum geschützten städtischen Netzwerk bestehen muss. Dies kann via mobilem Internetzugang nicht durchgehend gewährleistet werden.

Der Koffer an sich beinhaltet die meisten notwendigen mobilen Geräte. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass es oftmals zu Transportschwierigkeiten (Gewicht ca. 15 kg) und Netzwerkproblemen kommt. Daher wurde der Bürgeramtskoffer im Rahmen eines zweiten Arbeitsplatzes in einer Ortsverwaltung auf Dauer etabliert. Die Verwaltung plant aufgrund dieser Punkte und in Anbetracht der Anschaffungskosten in Höhe von 5.000,00 € keine weitere Anschaffung eines Bürgeramtskoffers. Dieser ist jedoch momentan das einzige Produkt, welches die Bundesdruckerei auf dem Markt anbietet, um eine mobile Verwaltung zu ermöglichen.

Weiterhin wird im Antrag darauf hingewiesen, dass mobilitätseingeschränkten Bürger/innen der Zugang zu der Ortsverwaltung nur schwer möglich ist. Hier wird die Verwaltung, in Anbetracht des Umbaus der Ortsverwaltung, die Funktionalität des barrierefreien Zugangs überprüfen.

Den Bürger/innen steht es ferner jederzeit frei, in eine der vierzehn anderen Ortsverwaltungen vorzusprechen. Hier bietet sich aufgrund der räumlichen Nähe und des barrierefreien Zuganges insbesondere die Ortsverwaltung Mainz-Marienborn an. Zudem besteht auch die Möglichkeit, den Bürgerservice in der Kaiserstraße aufzusuchen oder online bzw. telefonisch Termine zu vereinbaren.

Weiter abzuwarten bleibt insbesondere mit Blick auf das Online Zugangs Gesetz die Entwicklung der Dienstleistungen, die die Bürger/innen künftig online selbständig erledigen können. Die entsprechenden Themenfelder sind in der E-Government-Strategie der Stadtverwaltung berücksichtigt.

Michael Ebling
Oberbürgermeister